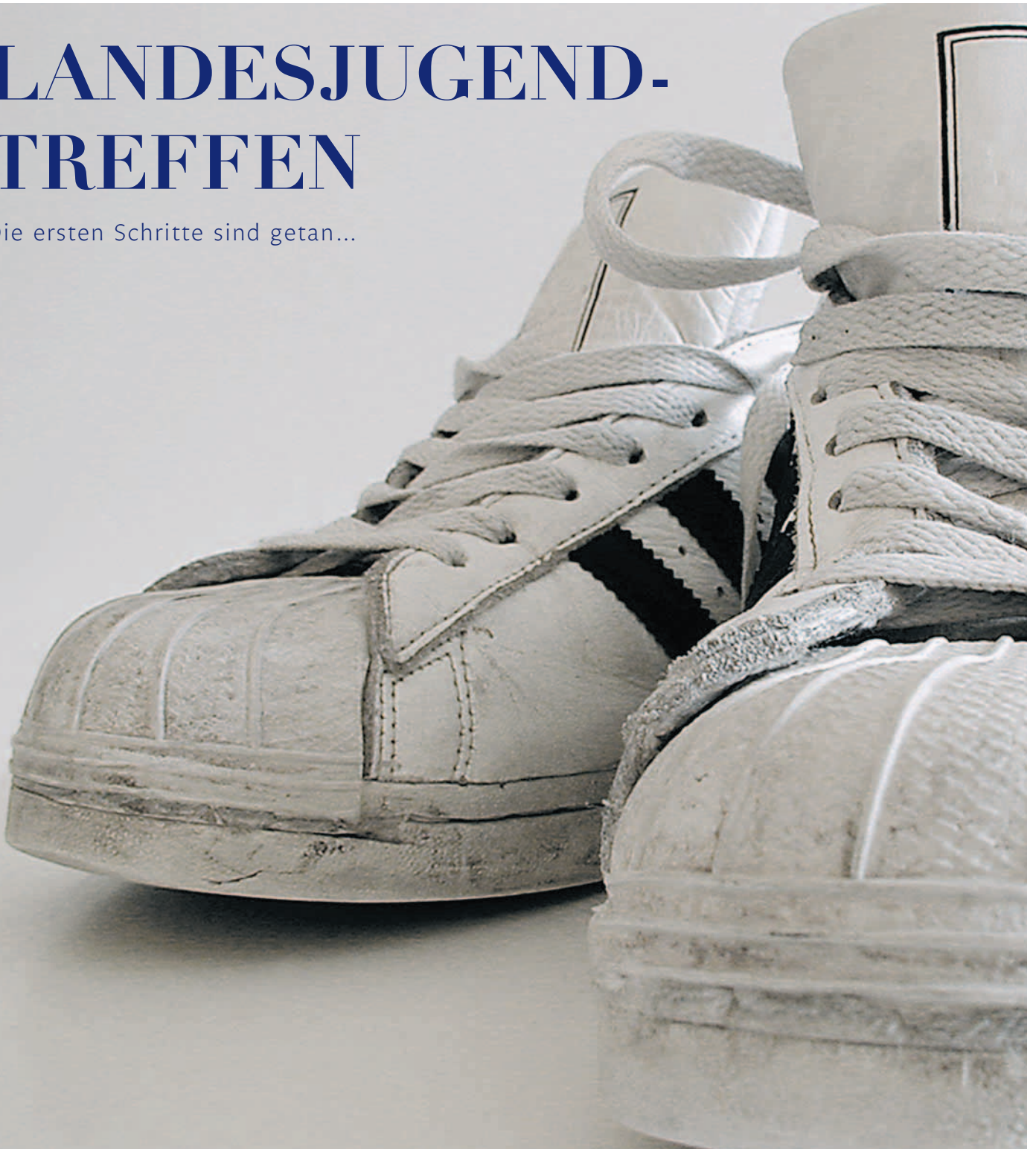


klartext

Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

LANDESJUGEND- TREFFEN

Die ersten Schritte sind getan...



Seite 3

In Kürze | 3

Interview

Wulf Gallert im Gespräch über
sein Entwicklungskonzept für
Sachsen-Anhalt | 4

Themen

The same procedure?
Blickpunkt Bundestag | 6„Geh doch mal’n Kaffee kochen“
Das Menteeprogramm | 8

Titel

Die ersten Schritte sind getan...
Landesjugendtreffen in Merseburg | 9

Themen

Von der Altmark nach Mazar-i-Sharif
Sachsen-Anhalt – Drehscheibe
zentraler Militärstandorte | 10

Bildung gegen Armut | 11

Nachteile ausgleichen | 12

Polen im Umbruch | 12

Die europäische Linke und wir | 13

Zur Zeit

Sollbruchstellen absehbar | 14

Satire

Alfred Dittberner | 15

Information

Kandidatinnen und Kandidaten
zur Landtagswahl 2006 | 16

Impressum

klartext – Magazin der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
Herausgeber: Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt/Landesvorstand
Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Dr. Thomas Drzisga
 (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Sven Barquet, Matthias Gärtner
 (MdL), Oliver Müller, Dr. Martin Reso, Joachim Spaeth
Druck: Harzdruckerei, Wernigerode
Auflage: 5.800 Exemplare
Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 4. Dezember 2005. klartext erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: Linkspartei.PDS Landesvorstand Sachsen-Anhalt,
 Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
 Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848,
 E-Mail: landesvorstand@linkspartei-sachsen-anhalt.de

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

■ ein politisch ereignisreiches Jahr liegt hinter und die Offenbarungen der Großen Koalition vor uns. Die Entscheidungen in Bund und Land haben ganz konkrete persönliche Konsequenzen und die Zeit zwischen den Jahren bietet traditionell auch die Gelegenheit, in der Familie über das

Vergangene zu resümieren und Kraft und Ruhe zu tanken.

Ich wünsche Ihnen und euch im Namen der Redaktion eine besinnliche Zeit, bleiben oder werden Sie gesund. Alles Gute für das Jahr 2006 und bleiben Sie kritisch.

Ihre Anke Lohmann

Worum es eigentlich geht

■ MAGDEBURG, 2.12.2005 – Meine Arbeit führte mich heute nach Quedlinburg. In der Adventszeit, mag der eine oder die andere sagen, ist das eine sehr angenehme Pflicht. Und in der Tat, das hübsche Harzstädtchen schmückt sich gerade heraus für das Fest: ein gemütlicher Weihnachtsmarkt und festliche Beleuchtung an jeder Ecke – eben eine Stadt in Vorfreude. Mein eigentliches Ziel war aber die Harzer Tafel. Ein Ort, den mehr als 2.500 Menschen Monat für Monat aufsuchen, aufsuchen müssen. Ihnen fehlt es am Notwendigsten. Sie bekommen dort eine warme Mahlzeit, die Kleiderkammer hat etwas parat für die kalten Tage, die jetzt kommen, viele suchen auch einfach nur jemanden, mit dem sie über ihre Sorgen reden können – existenzielle Sorgen. Gerade in diesen Tagen sind die bewundernswerten Frauen und Männer, die die Tafel ehrenamtlich am Leben halten, dabei, für diese Menschen etwas für Weihnachten vorzubereiten. Und ich gebe zu, es zerreißt einem das Herz. Aber es führt ganz klar vor Augen, wie dringend notwendig Veränderungen in diesem Lande sind. Veränderungen hin zu mehr sozialem Ausgleich, hin zu mehr gesellschaftlicher Solidarität – zu mehr Menschlichkeit und Menschenwürde.

Als vor mehr als einem Jahr die Hartz-IV-Reformen von der rot-grünen Bundesregierung ausgerufen wurden, da hieß es, dies sei ein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Die Leute von der Tafel haben mir heute gesagt, Ende 2004 kamen fast 1.000 Menschen weniger zu ihnen. Und die Zahl steigt auch zwölf Monate später immer noch an, vor allem die Zahl der Kinder hat sich erhöht. Ich habe eine Weile überlegt, ob ich nach einem so erfolgreichen Jahr für unsere Partei nicht viel positiver beginnen sollte. Aber ich glaube, man muss sich immer wieder vergegenwärtigen, worum es eigentlich geht. Es

geht nicht zuerst um Prozente, es geht um die Aufgabe, der wir uns gestellt haben. Wir wollen allen eine gerechte Chance geben, die Chance ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen zu können. Selten zuvor haben die Menschen so deutlich gespürt, wie sehr eine linke Kraft gebraucht wird. Drei Jahre Bundestag ohne uns waren genug. Die Wählerinnen und Wähler haben uns am 18. September einen enormen Vertrauensvorschuss gegeben. Sie haben honoriert, dass wir uns jeden Tag für ihre Interessen engagieren. Und sie haben honoriert, dass wir uns nicht verzetteln in der Auseinandersetzung mit anderen linken Kräften, sondern dass wir uns Partnerinnen und Partner gesucht haben, die mit uns gemeinsam dieses Land verändern wollen.

Dieses Jahr hat der PDS viel abverlangt, nicht zuletzt ihren Namen. Nun sind wir dabei, mit den Freundinnen und Freunden der WASG eine neue Partei zu bilden. Dies ist ein offener Prozess. Kaum jemand kann schon heute genau beschreiben, wo wir am Ende stehen werden. Für uns als Linkspartei.PDS ist wichtig, unsere Identität nicht preiszugeben, aber wir wollen sie erweitern.

Ich möchte allen von Herzen danken, die am Erfolg unserer Partei ihren Anteil haben. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben einen großartigen Wahlkampf hinter uns. Wir können stolz auf uns sein. Wer hätte uns dies noch vor kurzem zugeutraut? Nutzt die kommenden Wochen für ein wenig Besinnung und Erholung, denn vor uns liegt ein bewegtes Frühjahr. Am 26. März wollen wir den Wechsel in Sachsen-Anhalt herbeiführen. Es wird ein harter Wahlkampf. Aber ich vertraue auf euch, auf eure Ideen, eure Kreativität und euer Engagement!

Matthias Höhn

Landesvorsitzender
der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

LISA bringt Projekt „FrauKomm“ auf den Weg

■ Auf dem Treffen der Arbeitsgemeinschaft LISA am 29. Oktober 2005 wurde beschlossen, das Projekt „Junge Frauen für linke Kommunalpolitik in Sachsen-Anhalt“ (Kurzform „FrauKomm“) zu genehmigen und wohlwollend zu begleiten. Dieses Projekt, das auf Anregung von Heidrun Tannenberg bereits in Angriff genommen wurde, soll noch in diesem Jahr seine offizielle Genehmigung und die entsprechende Finanzierungszusage erhalten. Es stellt sich das Ziel, durch eine parteiübergreifende Befragung politisch engagierter Bürgerinnen und Bürger, Funktions- und Mandatsträgerinnen und -träger wissenschaftlich fundierte Aussagen zum derzeitigen Anteil und Wirken von Frauen für linke Kommunalpolitik zu gewinnen. Gleichzeitig sollen dabei Ursachen für mangelnde Bereitschaft insbesondere junger Frauen für kommunale Vertretungen zu kandidieren, ermittelt werden.

Für das Projekt verantwortlich zeichnen das „kommunalpolitische forum“ Sachsen-Anhalt e.V. und das FOKUS-Institut Halle. Für den Inhalt der Fragen ist LISA zuständig. Mit „FrauKomm“ verbindet sich die Hoffnung, durch dieses Projekt die immer wieder in den Hintergrund verschobene Geschlechterproblematik stärker ins Gespräch zu bringen und eine Änderung des bestehenden Missstandes zu erreichen. Nicht zuletzt soll es auch auf die nächsten Kommunalwahlen orientieren.

| Dr. Marlene Neuber

Das Programm für Sachsen-Anhalt

■ Am 26. März 2006 ist Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Der Landesverband der Linkspartei.PDS hat auf seinem Parteitag am 12. November 2005 in Magdeburg das **Wahlprogramm** „In Sachsen-Anhalt leben und Zukunft gestalten – modern und sozial gerecht“ beschlossen. Der Download ist möglich unter:

www.linkspartei-sachsen-anhalt.de



Neue Abgeordnete im Landtag

■ Personelle Veränderungen gibt es in der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt. **Hartmut Koblichke** ist seit November neues Mitglied des Landtages. Der staatlich geprüfte Erzieher ist Gründungsmitglied des Jugendverbandes solid in Sachsen-Anhalt und arbeitet im Arbeitskreis Kultur und Medien der Fraktion mit. Koblichke ist Nachrücker für Dr. Petra Sitte, die in den 16. Deutschen Bundestag gewählt wurde und ihr Landtagsmandat niedergelegt hatte. Die Pädagogin **Angela Bartz** aus Halle wird voraussichtlich die nächste Abgeordnete der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS. Sie rückt dann für Dr. Petra Weiher nach, die Senatorin des Landesrechnungshofes wird.

Zugang zu den Weltmeeren

■ Innerhalb der Bundestagsfraktion Die Linke. haben sich die Abgeordneten der WASG und der Linkspartei.PDS aus Sachsen-Anhalt mit den Vertretern aus Mecklenburg-Vorpommern zu **einer Landesgruppe** zusammengeschlossen. Dies und die Wahl des gebürtigen Niedersachsen Jan Korte zum Vorsitzenden, hat nicht nur „den Zugang zu den Weltmeeren gesichert“ (Roland Claus). Mit acht kompetenten Abgeordneten, u.a. Dr. Petra Sitte aus Sachsen-Anhalt als stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion und Dr. Dietmar Bartsch als designierten Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS, ist die Landesgruppe gut aufgestellt, um die Interessen der beiden Bundesländer in Berlin zu vertreten.



Ab sofort erhältlich ist die Dokumentation der Konferenz der Linkspartei.PDS Fraktion **„Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen und deren Widerspiegelung in der Gedenkkultur“** vom 4. Mai 2005.

Mit Beiträgen von Gudrun Tiedge, Jupp Gerats, Kurt Schrimm, Carlos Foth, Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Christiaan Frederik Rüter und Wulf Gallert.

Erhältlich über Kerstin Drziska,
Telefon: 0391/ 5605016,
E-Mail drziskag@pds.lt.lsa-net.de

■ „Sachsen-Anhalt 2020 – Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ – seit Oktober 2005 liegt Ihre Studie vor. Ist es im Lande „chic“ geworden, Visionen zu entwickeln, Broschüren zu schreiben?

Ja. Und das ist auch folgerichtig! Wir erleben gerade eine grundlegende Verunsicherung in der Gesellschaft, die tatsächlich in Sachsen-Anhalt einen Anfang genommen hat. Heilserwartungen in ein klassisches Wirtschaftswachstum sind nicht mehr gerechtfertigt. Wir müssen aufpassen, notwendige Entwicklungen nicht zu verpassen. Sachsen-Anhalt läuft Gefahr, sich zum Armenhaus Deutschlands zu entwickeln. Da muss man politisch gegensteuern. Es geht um Perspektiven für einen mittel- und langfristigen Zeitraum und um strategische Optionen, die bekannt gemacht werden müssen.

Seit wenigen Tagen kennen wir auch eine Studie von Frau Professor Dienel und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die visiert „20-XX“ an. Wie weit voraus kann man sinnvoll schauen?

Man muss vorsichtig sein. Einer der großen Basiswerte für alle Prognosen ist die Bevölkerungsentwicklung, und die verläuft nicht linear. Den Zeitraum einer Generation sollte man nicht überschreiten. Alle weiter gehenden Szenarien basieren letztlich auf einem Status quo der Rahmenbedingungen. Als Spiel ganz nett, politisch aber von relativ geringem Wert, weil das Tempo der Entwicklung in Wissenschaft und Gesellschaft extrem hoch ist. Ich denke, 15 bis 20 Jahre sind der Zeitraum, den man für eine seriöse politische Diskussion betrachten sollte. Alles andere hat viel mit Phantasie und wenig mit Prognose zu tun.

Die großen Herausforderungen lauten Globalisierung, Bevölkerungsentwicklung und Wissensgesellschaft. Wie ist damit produktiv umzugehen? Und vor allem, was kann Sachsen-Anhalt dabei leisten?

Sachsen-Anhalt kann für Deutschland eine Modellrolle übernehmen. Wir waren die ersten, die substanziell über Alternativen und auch Gefahren nachdenken mussten, weil genau diese Probleme in Sachsen-Anhalt am frühzeitigsten zu tiefen Verwerfungen geführt haben. Sie sind daher stärker als in anderen ostdeutschen Ländern reflektiert worden. Das Schlechte daran war, dass wir dadurch eine relativ pessimistische Grundstimmung in der

„Es ist relativ leicht, in schwieriger See Kapitän zu werden“

Wulf Gallert, Vorsitzender der Landtagsfraktion und Ministerpräsidentenkandidat der Linkspartei.PDS, über sein Entwicklungskonzept für Sachsen-Anhalt.

Bevölkerung bekommen haben. Das Gute allerdings: Man rennt hier vor den Problemen nicht weg, man kann es auch nicht. Bei uns werden diese Fragen intensiver als zum Beispiel in Leipzig diskutiert, obwohl dort die Problemlage ähnlich ist. Die Linke steht vor einer grundlegenden Aufgabe. Dieses „Das war schon immer so ...“, das war noch nie so ...“, da könnte ja jeder kommen ...“ muss über Bord gehen. Wir müssen anpacken und dürfen nicht nur in Parteitagsbeschlüsse schreiben, dass neue Situationen neue Antworten verlangen. Wenn wir diese Schwelle mental überschritten haben, dann kriegen wir das auch hin. Das scheint mir aber ein schwieriger Prozess zu sein.

Kernaussagen Ihrer 2020-Studie: Wissen schafft Arbeit, die Wissensgesellschaft wird ganz wesentlich über Innovationen formiert. Wie wird das praktisch funktionieren?

Ja, wie erklärt man ganz einfach ein Uhrwerk? So in etwa die Frage. Also: Wie ist die Situation in Sachsen-Anhalt? Unsere grundsätzliche, inzwischen von vielen geteilte Kritik lautet: Die Voraussetzungen sind schlecht, weil wir zu wenig auf innovative Prozesse in der Gesellschaft und im Wertschöpfungsprozess setzen. Welche Chancen und Möglichkeiten haben wir? Zunächst gilt es, die Menschen auf diesen Umbau vorzubereiten und bewusst zu machen, dass alles, was wir für Bildung, Familie, für Kinder und Jugendliche tun, an diesem Schwachpunkt bisheriger Politik ansetzt und uns innovationsfähig machen soll. Da liegt unsere gesellschaftliche Verantwortung. Kultusminister Olbertz sagt: Soll der Sohn vom Facharbeiter doch wieder Facharbeiter werden, das sei

schon in Ordnung so. Völlig falsch! Diese Facharbeiterstelle wird es in der nächsten Generation nicht mehr geben. Wir haben dagegen die Förderpolitik des Landes auf den Prüfstand gestellt und mit dem Vorschlag, die klassische Investitionsquote durch eine Bildungsquote zu ersetzen, genau dort angesetzt, wo Wertschöpfung und Innovation zusammenkommen müssen – bei den Menschen. Sie sind der entscheidende Faktor einer erweiterten Reproduktion in der Zukunft, die wir brauchen, um eine hohe Lebensqualität für alle zu garantieren. Von diesem Ziel gehen wir nicht ab.

Betrachten wir noch kurz die Probleme bei den Wertschöpfungsprozessen in unserem Land. Wir haben eine sehr kleinteilige Wirtschaftsstruktur und viel zu geringe Forschungskapazitäten. Wir haben verlängerte Werkbänke und Unternehmen, die oft nur darum ringen, das nächste halbe Jahr zu überleben. Denen fehlt die Kraft, Vorlauf zu schaffen. Hier muss das Land in Vorleistung gehen. Entscheidend dabei bleibt, Forschungskapazitäten zu erhöhen. Mit unseren Konzepten haben wir auch dafür Modelle vorgelegt. Den Betrieben schließlich müssen wir helfen, über die nächsten Monate zu kommen. Nur so kommen sie in die Lage, sich über Entwicklungen der nächsten zwei, drei Jahre Gedanken zu machen, auch über die notwendigen Innovationsprozesse, die aber im Normalfall nicht Monate, sondern Jahre brauchen, bis sie sich in Wertschöpfung umschlagen.

Die Wissensgesellschaft macht den klassischen Faktor Arbeit als Lebensgrundlage überflüssig. Wie aber sollen künftig die Portemonnaies der Men-



schen und die Kassen des Staates gefüllt werden?

Das ist eine der zentralen Fragen, der sich die Linke leider zu wenig stellt, sich ein Stück weit sogar verweigert. Ministerpräsident Böhmer sagt, Wirtschaftsförderung darf nicht in Rationalisierung gehen, sondern nur noch dorthin, wo neue Arbeitsplätze entstehen. Das ist eine moderne Form von Maschinenstürmerei. Allerdings, noch vor wenigen Jahren haben das auch Linke so artikuliert, inklusive meiner Person.

Wer lebendige Arbeit immer und überall erhalten will, der verweigert sich in gewisser Weise dem wissenschaftlichen Fortschritt. Und das führt in die Sackgasse. Das geht vielleicht noch ein paar Jahre so weiter, führt aber zwangsläufig in den wirtschafts- und konjunkturfeindlichen Niedriglohnsektor. So können Daseinsvorsorge, Bildung, der sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht garantiert werden. Notwendig sind Wertschöpfungsprozesse, die sich auf innovativem Weg herausbilden.

Hinzu kommt: Wir alle, auch wir Linken, leben in einer Gesellschaft, die sich seit mindestens 200 Jahren über Erwerbsarbeit definiert. Wir müssen endlich dafür eintreten, dass sich kommende Generationen nicht mehr über Erwerbsarbeit, sondern über andere Formen von gesellschaftlicher Arbeit definieren können, weil die klassische Erwerbsarbeit in ihrem Quantum sinken wird. Das ist nicht zuerst ein Lernprozess, sondern ein mentales Problem, das Zeit braucht. Es gibt vernünftige Ansätze, zum Beispiel im Grundversicherungsbereich. An der Diskussion stört mich allerdings etwas die Meinung, wir brauchen in absehbarer Zeit Erwerbs-

arbeit nur noch im Hightech-Bereich. Nein, es wird auch einen Dienstleistungsbereich geben müssen, der nicht mit Produktivitätserwartungen konfrontiert werden kann, die wir an andere Bereiche – durchaus vernünftigerweise – anlegen. Nur hier macht die Verbilligung lebendiger Arbeit Sinn.

Gut marxistisch ausgedrückt heißt das: Ohne Änderung des gesellschaftlichen Bewusstseins keine Änderung der Gesellschaft. Wie aber können Gesellschaftskonzepte für Menschen erlebbar werden?

Noch einmal: Inwieweit kann sich das Individuum in Zukunft überhaupt noch über Erwerbsarbeit definieren? Da brauchen wir ein Umdenken. Wenn aber der Ausschluss von Erwerbsarbeit mit dem Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe einhergeht und darüber hinaus Betroffene auch noch einem gesellschaftlichen – über Hartz IV sogar instrumentalisierten – Druck unterliegen, als Schmarotzer, Parasiten bezeichnet werden, dann sind solche Umdenkprozesse faktisch unmöglich. Die Menschen haben Angst, und Angst ist keine Basis für Umgestaltung.

Wenn ich Umstrukturierungs- und Umorientierungsprozesse mit Blick auf die wissensbasierte Produktion durchsetzen will, muss ich den Menschen ein sicheres Netz geben, ihnen die Angst nehmen. Ich kann diese Diskussion nur erfolgreich führen, wenn Menschen eine soziale Grundsicherung haben, sie aus der Ecke der gesellschaftlichen Ächtung herauskommen. Damit übrigens hole ich sie auch wieder in gesellschaftliche Diskussionsprozesse hinein, kann sie gesellschaftlich aktivieren.

Sachsen-Anhalt steht mit ziemlich schlechten Voraussetzungen an einem Scheideweg. Warum will ein Linker unter diesen Bedingungen Ministerpräsident werden?

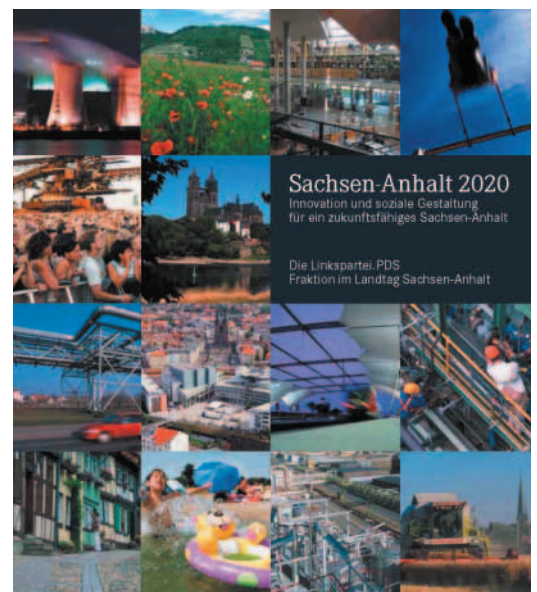
Ich würde gerne auch unter anderen Bedingungen Ministerpräsident werden wollen, aber die haben wir in Sachsen-Anhalt nicht. Wir müssen uns realistisch die Geschichte dieses Landes, auch die der Linken anschauen. Wir haben immer dann eine gute Chance, in Führungspositionen zu kommen, wenn das Land sich in besonderen Schwierigkeiten befindet. Es ist relativ leicht, auf einem Schiff in schwieriger See Kapitän zu werden. Wir haben in der Gesellschaft immer noch Mehrheiten, die einen grundsätzlichen Wandel der Gesellschaft nicht als notwendig oder wünschenswert erachten. Das hängt mit der realen Lebenssituation zusammen. Wenn Menschen Veränderungsdruck spüren, führt das noch lange nicht zu linken Antworten. Daher kann man sich als Linker nicht aussuchen, in welcher Situation man Verantwortung übernimmt. Man muss es tun, wenn die Herausforderung da ist. Das führt dazu, eine solche Funktion übernehmen zu wollen, obwohl man natürlich weiß, dass man sich damit nicht nur Freunde macht.

...eine Prognose für den 26. März 2006?

Wenn wir alles richtig und die anderen alles falsch machen, werden wir die Besten.

Wir danken für das Gespräch.

**| Dr. Thomas Drzisga und
Dr. Martin Reso**



Der Download der Studie ist unter www.linkspartei-pdlsa-lt.de möglich.



The same procedure?

BERLIN/HALLE, 08.11.2005 – Eingeweihte wissen mit diesem Satz sofort etwas anzufangen. Jedes Jahr Silvester stellt Diener James seiner Miss Sophie in „Dinner for one“ bei jedem neuen Menügang die gleiche Frage: „The same procedure?“. An diese immerwährende Zeremonie fühle ich mich erinnert, als ich auf der Rückfahrt von der zweiten Sitzung des Bundestages nach Halle versuche, meine Eindrücke aus der Sitzung des Bundestages aufzuschreiben.

■ Zwei Tagesordnungspunkte bestimmten das Geschehen. Zum einen erneut die Wahl zum Vizepräsidenten des Bundestages, Vorschlag der Fraktion Die Linke Lothar Bisky, und zum anderen erneut eine Verlängerung des Mandats der Bundeswehr zum Einsatz in Afghanistan, mit einem einzigen Änderungsantrag, vorgeschlagen ebenfalls durch die Fraktion Die Linke.

In beiden Fällen ist die Fraktion auf Ablehnung gestoßen. In beiden Fällen mochten sich die Abgeordneten des Bundestages nicht wirklich mit den Argumenten und aufgeworfenen Fragestellungen der Linken auseinander zu setzen. Megagro-

ße Koalition von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnisgrünen bei der Mandatsverlängerung der Bundeswehr. Und deutliche Mehrheiten – verteilt über alle anderen Fraktionen – gegen Lothar Bisky als unseren Kandidaten zum Vizepräsidenten. 595 abgegebene und gültige Stimmen, 249 votierten mit Ja, 310 Abgeordnete stimmten dagegen und 36 enthielten sich. Dieses Ergebnis ähnelt doch sehr dem Bild aus dem dritten Wahlgang, denn dort gab es 248 Ja-Stimmen und 30 Enthaltungen. Die höhere Zahl der Nein-Stimmen ist eher darauf zurückzuführen, dass noch nicht so viele Abgeordnete das Plenum verlassen hatten.

Haben die beiden Vorgänge überhaupt etwas miteinander zu tun? Ich meine schon. Schaut man sich die vertretenen politischen Inhalte der Parteien an, dann bestehen zwischen den Positionen der Linken und denen aller anderen Fraktionen/Parteien wesentliche Unterschiede. Unsere Anwesenheit im Bundestag bietet die Chance, diese Inhalte nicht nur zu vertreten und die Unterschiede aufzuzeigen. Wir wollen die anderen politischen Kräfte demokratisch – parlamentarisch und außerparlamentarisch – herausfordern, sich endlich der für alle unbequemen Auseinandersetzung zu Handlungsalternativen zu stellen. Und zwar durch Argumente, nicht durch Ignoranz und Ausgrenzung. Dafür stehen in der Fraktion Die Linke Abgeordnete aus WASG und Linkspartei mit ganz unterschiedlichen persönlichen und politischen Biografien. Jeder bzw. jede bereits gewählte Vizepräsident/in (und natürlich auch der Präsident des Bundestages selbst) haben vor ihrer Wahl eine politische Biografie vorzuweisen, die eben gerade nicht farblos lackiert glänzt. Die Fraktionen haben bewusst Menschen nominiert, die ausgewiesene und politisch erfahrene Persönlichkeiten sind! Niemand kam aus dem politischen Nirwana der Neutralität! Trotz oder wegen dieses Persönlichkeitsprofils wurden sie jeweils als die Geeigneten angesehen und kandidierten. Sorgfältig haben auch wir abgewogen. Und auch unser Vorschlag, Lothar Bisky,

weist solche Substanz auf. Das zumindest müssen auch die Fraktionen von CDU und SPD (Linkspartei sowieso) im Landtag von Brandenburg so gesehen haben, hätten sie ihn dort sonst zum Vizepräsidenten des Landtages gewählt? Aber was gilt – so habe ich jetzt gelernt – im Bundestag schon die Wahlentscheidung von ostdeutschen CDU- und SPD-Abgeordneten. Dass diese Lothar Bisky viel besser einschätzen können, wird ausgeblendet. Ihre Meinung interessiert gar nicht (... mit bayerischen, hessischen, nordrhein-westfälischen ... Landtagsabgeordneten wäre man sicher anders umgegangen). Ostdeutsche Landtagsabgeordnete der eigenen Partei kann man dann schon mal vorführen, weil es im Bundestag eben um „Höheres“ geht, nämlich um den Versuch, die Linke und damit auch deren WählerInnen in Ost und West von jeglicher politischer Einflussnahme auszugrenzen. Das gilt für die Afghanistanentscheidung genauso wie für die Nichtwahl von Lothar Bisky.

Natürlich geht es um einen Akt der Demütigung und deshalb, so die einhellige Meinung der Linken, werden wir auch nicht „zu Kreuze kriechen“! Wir wollen nicht zulassen, dass die anderen Fraktionen bestimmen, wer von uns als Kandidat/in aufgestellt wird – so wie wir ihnen nicht vorgeschrieben haben (und auch gar nicht vorschreiben wollten), wer bei ihnen kandidieren sollte. In der Zeit zwischen dem dritten und vierten Wahlgang wurde der Eindruck erweckt, als würde man sich mit einer anderen Kandidatur, insbesondere weiblichen, weniger schwer tun, was ich nach dem Erlebten übrigens nicht glaube. Hinter dieser Aussage verbirgt sich aber die grundsätzliche Ablehnung gegenüber einer bestimmten nämlich ostdeutschen Biografie. Aus diesem Grund werden wir die Frage einer erneuten Kandidatur offen lassen, d.h. unsere Vizepräsidentenschaft bleibt zunächst unbesetzt und wird von uns zu einem späteren Zeitpunkt neu entschieden.

Die Anerkennung einer Lebensführung, wie beispielsweise der von Lothar Bisky, die ja tausendfach auch von anderen Menschen in der DDR so gelebt wurde, wäre auch ein Akt der Integration, ein Signal des Zusammenkommens von Ost und West gewesen.

Diese Integration hätte jedoch auch zur Folge, dass man sich politisch in Augenhöhe begegnen würde – nicht nur mit Akzeptanz, sondern eben auch mit Respekt. Weiter hieße das, man müsste sich mit den ökonomischen, sozialen und kulturellen Problemen des Transformations-

prozesses der Neu-Länder anders als bisher beschäftigen. Und man müsste zugleich anerkennen, dass viele Probleme dieses Transformationsprozesses, nicht nur Folge der Vereinigung, sondern vor allem auch Folge dieser Art des Wirtschaftens sind. Und da geht es nun wieder ans „Eingemachte“ der Gesellschaft und der Ausübung von politischer Macht in selbiger.

Die jüngsten Ergebnisse bei der Bildung der Großen Koalition, die jüngsten Ereignisse in der SPD aber auch CDU/CSU, schreien geradezu nach einer offensiven politischen Auseinandersetzung auf der Basis von Alternativen, wie sie auch von WASG und Linkspartei im letzten Wahlkampf eingebracht worden sind. Die Vorhaben der künftigen Koalition zu Hartz IV, in Sachen Abschwächung des Kündigungsschutzes, der Umgang mit der so genannten Bolkesteinrichtlinie aus der EU-Ebene, die Erhöhung des Renteneintrittsalters, die Erhöhung der Mehrwertsteuer u.a.m. stehen in krassem Gegensatz zu den Wahlkampfaussagen dieser Parteien. Zum Thema Rente sei nur an das Rentenkonzept der Linkspartei erinnert. Ein Beleg dafür, dass es auch andere Wege gibt. Jetzt soll deutlich länger eingezahlt aber weniger ausgezahlt werden. Das ist nichts anderes als Rentenkürzung.

Die CDU-Pläne zur Erhöhung der Mehrwertsteuer wurden von der SPD im Wahlkampf sarkastisch als „Merkelsteuer“ – unsozial und wirtschaftsfeindlich – abgetan. Da sitzen zwei Parteien beieinander, von der die eine vor der Wahl die Mehrwertsteuer auf höchstens 18 % und die andere gar nicht erhöhen wollte. Nach der Wahl soll die Mehrwertsteuer nun auf 19 % erhöht werden und der künftige Parteichef der SPD, Matthias Platzeck, redet sogar von einer Steigerung auf 20 %. Das soll der gesunde Menschenverstand mal verstehen. Wenn das kein Wahlbetrug ist, dann weiß ich wirklich nicht mehr, was man noch beschließen kann, bis man sich endlich dem Betrugsvorwurf stellen muss!

Die „Reichensteuer“ hat doch nur noch sozialen Placeboeffekt. Die Einnahmen könnten zwischen 1,2 und 6 Mrd. € liegen. Deutlich weniger als nach dem Steuerkonzept der Linkspartei. Die Masse der wachsenden Einnahmen wird durch die Mehrwertsteuererhöhung $20 + x$ und damit durch die gesamte Bevölkerung aufzubringen sein. Die Umverteilung muss in all ihren Facetten gesehen werden. Zeitgleich haben wir nämlich erstmals seit

1949 auch fallende Bruttolöhne (die Real-löhne sind längst abfallend), wodurch klar wird, dass die Belastung auch eine neue Qualität erreichen wird!

Und in dieser Situation verschieben sich deutlich die Kräfteverhältnisse innerhalb der verhandelnden Parteien. Da ist die Absage Stoibers an Regierungsverantwortung nur der Anfang einer politischen Selbstbeerdigung. Die Sägewerker in Bayern machen sich an seinem Stuhl zu schaffen. Offen ist, welchen Raum in der CSU die konservativ besetzte soziale Komponente einnehmen wird!

Der Rücktritt von Franz Müntefering – gleich wie man sein Agieren als Parteivorsitzender bewerten mag – hat die gravierende Folge, dass vor allem die Perspektive der SPD völlig offen ist. Das neue Personal ist der Öffentlichkeit politisch eher unbekannt. Sicher scheint nur, dass eine grandiose Niederlage des linken Flügels konstatiert werden muss. Seine Vertreter haben mit den so genannten Netzwerkkern, den politisch Karrierewilligen in der SPD, gemeinsame Sache gemacht und sich erst instrumentalisieren, dann aber ausbremsen lassen. Und so sind die Vertreterinnen und Vertreter des linken Flügels derzeit völlig aus der Führung der SPD raus! Die Neoliberalen haben den Durchmarsch geschafft. Der designierte Parteivorsitzende, Matthias Platzeck, wirkt wie der „Typ“ von nebenan, der sogar in Gummistiefeln noch adrett und nett ausschaut. Er war und ist jedoch ein erklärter Verfechter der Agenda 2010 von Gerhard Schröder. Der Genosse Platzeck hatte in Brandenburg schon einmal die Wahl zwischen einer PDS mit Lothar Bisky oder einer CDU mit General a.D. Schönbohm. Er hat sich für die CDU entschieden. Matthias Platzeck sollte eine Chance zuerkannt bekommen, keine Frage. Aber er hat eine politische Vorgeschichte, angesichts derer vor Illusionen gewarnt werden sollte. Die Linkspartei wird sich mit den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen inhaltlich auseinandersetzen und offensiv an der Verhinderung arbeiten und entsprechende soziale Proteste unterstützen. Es gibt jetzt bereits Stimmen aus den Reihen von FDP und Bündnisgrünen, welche die erneute Einsetzung eines Wahlbetrugsausschusses im Bundestag fordern. „The same procedure?“



Dr. Petra Sitte

ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke. im 16. Deutschen Bundestag.



Wer kennt das nicht: Da hat man als junger Mensch endlich den idealen Praktikumsplatz gefunden – mit eigenem Arbeitsplatz, angenehmen Arbeitszeiten und netten Leuten noch dazu. Doch dann stellt sich schon am ersten Tag heraus, dass sich der Aufgabenbereich auf Kopieren, Kaffee kochen und Müll rausbringen beschränkt.

Glücklicherweise kamen die vier Teilnehmer des Menteeprogrammes der Linkspartei.PDS gar nicht erst in die Verlegenheit, solche Dinge zu erledigen. Sie hatten einen Vollzeitjob. Sechs Wochen lang arbeiteten sie nach dem Terminkalender „ihrer“ Abgeordneten. Eva von Angern, Sabine Dirlich, Matthias Gärtner und Angelika Klein waren die Mentoren des ersten Mentoringprogramms der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt. „Geplant war so ein Programm schon länger,“ erklärt Eva von Angern „nur die Umsetzung gestaltete sich anfangs etwas schwierig.“ So musste ein passender Zeitraum, begeisterte Mentoren und Honorare für die Mentees organisiert werden. Glücklicherweise konnte sich die Fraktion dabei auf die Erfahrungen ihrer Kollegen aus Sachsen verlassen. Im Dresdner Landtag wurde das Menteeprogramm erdacht und schon mehrmals erfolgreich durchgeführt. Am Anfang der sechs Wochen stand ein Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Dort trafen sich die Mentees aus allen

teilnehmenden PDS-Fraktionen. In praxisorientierten Workshops vermittelten professionelle Dozenten Fähigkeiten in Rhetorik, Moderation, Kommunikation und Kampagnenplanung. Erschöpft, aber gut gerüstet starteten die Teilnehmer dann nach einer anstrengenden und lehrreichen Woche ins lang erwartete Menteeprogramm. Jetzt konnten sie ihr neu erworbenes Wissen gleich gut einsetzen. So durften sie aktiv an Fraktionssitzungen, Ausschüssen, Landtagssitzungen und am Bundestagswahlkampf mitwirken. Sie waren immer da, wo ihr Abgeordneter gerade einen Termin hatte. Und es kam sogar vor, dass ein Mentee als Vertretung seines Mentors zu einer Veranstaltung geschickt wurde. „Wir haben uns schon sehr fähige Menschen ins Haus geholt, die konnten wir auch ohne Probleme mal allein los lassen.“, meint Fraktionsgeschäftsführer Rüdiger Ettingshausen, der das Programm mit organisiert hat. Immerhin gab es wesentlich mehr Bewerbungen als

Plätze. Vier Studenten aus Halle, Bitterfeld und Magdeburg wurden schließlich von den Mentoren ausgewählt. Zwei von ihnen, Anja Uhde und Simone Kunz hatten schon einige Erfahrungen in der Linkspartei.PDS sammeln können. Johannes Haas und Kristin Heiß prägte bislang eher ihr außerpolitisches Engagement.

So unterschiedlich wie die praktischen Erfahrungen waren auch die Fähigkeiten, die die Mentees in ihre Arbeit einbrachten. Dies zeigte sich besonders an der gemeinsamen zu organisierenden Klassenfahrt für eine Schulklasse aus Hannover. Während sich Anja vor allem um mögliche Fördergelder kümmerte, stellte Johannes ein Bildungsprogramm zusammen. Simone organisierte die Übernachtung und eine Landtagsführung; Kristin arbeitete am Rahmenprogramm und schrieb das Konzept für die Fahrt. Das gemeinsame Projekt war für die Mentees auch eine gute Gelegenheit, sich zu treffen und untereinander auszutauschen. Denn es kam schon vor, dass sie sich durch ihre Arbeit in den verschiedenen Politikfeldern nur einmal in der Woche über den Weg liefen. Gemeinsam besuchten Anja, Simone, Johannes und Kristin auch die Klausurtagung in Halberstadt. Hier ergaben sich Zeit und Möglichkeit, nicht nur den eigenen Mentor einmal „außerdienstlich“ kennen zu lernen, sondern auch mit anderen Abgeordneten, Fraktionsmitarbeitern und Genossen aus den Kreisverbänden ins Gespräch zu kommen. Außerdem bekamen sie einen besseren Einblick in die internen Strukturen der Partei. Für vieles haben die vier Erstabsolventen jetzt mehr Verständnis als vorher – zum Beispiel die ungewöhnlichen und oft späten Arbeitszeiten der Abgeordneten. So war es keine Ausnahme, dass Mentor und Mentee erst gegen 22 Uhr wieder zu Hause waren. Abschließend haben sich alle vier Mentees für das Programm ausgesprochen. Zwar waren sie die ersten und mussten noch mit einigen Fehlplanungen kämpfen, aber: „Wir hatten schon allein durch die vorgezogene Bundestagswahl eine sehr aufregende Zeit. Es wäre also schön, wenn im kommenden Jahr ein weiteres Mentoringprogramm durchgeführt werden würde.“, so die Meinung der Mentees. Anja, Johannes, Simone und Kristin haben ihre Hilfe schon angeboten.



Kristin Heiß

studiert Politikwissenschaften und Soziologie in Magdeburg.

Die ersten Schritte sind getan...

Das Landesjugendtreffen der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt



■ Drei Jahre lang ruhte die Mobilisierung zu einem Landesjugendtreffen. Zu unterschiedlich waren die Erwartungen, zu uneinig war man sich innerhalb der plural organisierten Jugend nahe und in der PDS über die Notwendigkeit eines solchen Treffens. Nachdem sich im Sommer dieses Jahres bereits gruppenübergreifend zum „Jugendtreff.“ und zur gemeinsamen Wahlkampfunterstützung verabredet wurde, war die Vorbereitung eines landesweiten Jugendtreffens konsequente Folge. Am 26. und 27. November 2005 fanden sich annähernd 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Teamer und Gäste im Alten Rathaus in Merseburg ein. Schon diese Resonanz war ein erster Erfolg. Die politischen Ziele des Treffens, junge Aktive der einzelnen Arbeitsgruppen, Vereine und Verbände sowie Neumitglieder und interessierte Einzelpersonen wieder miteinander ins Gespräch zu bringen und eine intensivere landesweite Zusammenarbeit und eine stärkere politische Profilierung vorzubereiten, sind erreicht worden. Zu Beginn des Treffens stellten die Gruppen

in und bei der Linkspartei.PDS mit aufwendig vorbereiteten Selbstdarstellungen ihre Arbeit vor, gefolgt von einer Reihe von Einzelvorstellungen, in denen u.a. Erwartungen an eine landesweite Struktur zur Unterstützung der regionalen Arbeit und zur Verstärkung der öffentlichen Wahrnehmung formuliert wurden. In den anschließenden Arbeitsgruppen Kommunalpolitik, Struktur, Genfood und Bildungskampagne wurden dann Verabredungen für die gemeinsame politische Arbeit getroffen.

Die AG Kommunalpolitik möchte mit Unterstützung des „kommunalpolitischen forums“ ein eigenes Profil junger Kommunalabgeordneter entwickeln. Im Vordergrund stehen dabei der weitere Kontakt und Erfahrungsaustausch, eventuell mit einem spezifischen Internetforum.

Die AG Genfood hat die Risiken grüner Gentechnik und Möglichkeiten des Verbraucherschutzes diskutiert und möchte das Thema mittels einer regional und landesweit koordinierten Bildungsarbeit verbreitern.

Die AG Bildungs-Kampagne setzt sich für die inhaltliche Arbeit das erste Ziel, zum

Landtagswahlkampf Material zu erarbeiten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AG Struktur haben sich auf die Bildung eines landesweiten Gremiums geeinigt, in dem jede Gruppe vertreten ist. Ein solches Gremium trägt dem Umstand Rechnung, dass wir im Land Jugend in einer Arbeitsgruppenstruktur wie die der AG Junge GenossInnen in Ortsgruppen innerhalb der Partei und andererseits in parteinahen Verbänden und Vereinen organisiert haben. Die Aufgaben der Koordination sollen u.a. die landesweite Kommunikation, die Absprache von Wahlkampffaktionen und die Vorbereitung des nächsten Landesjugendtreffens sein. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, die plurale Jugendstruktur in und bei der Linkspartei.PDS gemeinsam hin zu einer stärkeren inhaltlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung zu koordinieren.

Das Landesjugendtreffen wurde in Zusammenarbeit von Junge Linke.PDS Wittenberg, Red Future Merseburg, Rote Rose Sangerhausen, Rotfische Hettstedt, solid Sachsen-Anhalt, AG Junge GenossInnen und dem Landesvorstand vorbereitet. Für das gelungene Treffen ist den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu danken, ebenso den hervorragenden Teamerinnen und Teamern, Birke Bull, dem Merseburger Oberbürgermeister Reinhard Rumprecht, den Mitarbeitern der gastgebenden Einrichtungen im Merseburg, Altes Rathaus, Humanistischer Regionalverband, Wettiner Hof und Bowlingbahn Achterbahn, unserem Organisationsteam im Vorder- und Hintergrund und der Unterstützung durch den Landesvorstand der Linkspartei.PDS.

| Anke Lohmann

Party gab's auch.



Von der Altmark nach Mazar-i-Sharif

Sachsen-Anhalt im Drehkreuz zentraler Militärstandorte zukünftiger Kriege



„Für das deutsche Heer öffnen wir mit diesem Schlüssel eine Tür in eine neue Welt.“ waren die Worte des damaligen Inspektors des Heeres, Generalleutnant Gert Gudera, anlässlich der symbolischen Schlüsselübergabe vom Gefechtsübungszentrum Heer (GÜZ). Dieses selbst ist der Türöffner für eine „Verteidigung“, die laut der Neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien des vorherigen Verteidigungsministers Struck „geographisch nicht mehr eingegrenzt“ ist.

Auf dem Truppenübungsplatz Altmark nördlich Magdeburgs wurde im Januar 2001 das modernste Ausbildungszentrum Europas eingeweiht, nachdem hier bereits ab 1997 von der Bundeswehr das so genannte „traditionelle Gefecht mit verbundenen Waffen“, also die gemeinsamen Manöver von Artillerie, Infanterie und Luftwaffe geübt wurden.

Von der Altmark nach Mazar-i-Sharif

Alle Soldatinnen und Soldaten (zur Zeit 6.300), die sich in Auslandseinsätzen der Bundeswehr befinden, durchlaufen vorher das 15-tägige Ausbildungsprogramm im GÜZ. Es ist die letzte Station vor ihrer Ausreise nach Bosnien, Kosovo oder Afghanistan. Hier lernen sie im modernsten Ausbildungszentrum Europas alles, was sie später für die taktischen Einsätze entweder im Rahmen der EU-geführten Mili-

täroperation (EUFOR) in Bosnien-Herzegowina, im deutschen Kontingent der Kosovo Force (KFOR) der NATO, innerhalb der sogenannten internationalen Schutztruppe (ISAF) oder der „Operation Enduring Freedom“ in Afghanistan benötigen. Deutschland beteiligt sich gegenwärtig an der Schnellen Eingreiftruppe der NATO (NRF 5) mit 2.200 Soldaten. Auch diese bekommen, genau wie die Angehörigen des unter strengster Geheimhaltung eingesetzten Kommandos Spezialkräfte (KSK) ihren letzten Schliff in Letzlingen. Nicht nur Gefechtssituationen werden hier geübt, sondern auch Geiselnbefreiung, Sanitätseinsätze und Aufstandsbekämpfung, das so genannte riot control.

Bei jeder der insgesamt zehn verschiedenen Übungssituationen sind alle teilnehmenden Soldaten und Fahrzeuge mit einem hochmodernen Korsett von Sensoren ausgestattet und per Funk mit der Leitzentrale des Übungsplatzes verbunden. Die kriegstauglichen Waffen werden dabei anstatt mit scharfer Munition, mit einem Lasersystem, dem so genannten „Ausbildungsgerät Duellsimulator“ (AGDUS) ausgerüstet, wodurch der simulierte Feuerkampf aller direktgerichteten Waffen ermöglicht, und gleichzeitig jeder gefallene Schuss in den angeschlossenen Computern registriert und ausgewertet werden kann. Genauso wird der Funksprechver-

kehr aufgezeichnet und mittels Video auch das Kampfgeschehen visuell festgehalten.

Es gab bereits gemeinsame Manöver im Rahmen der Zusammenarbeit im Deutsch-Niederländischen Korps mit einer Panzerkompanie aus den Niederlanden. In Zukunft wird der Anteil übender nichtdeutscher Truppen im GÜZ zunehmen, da sowohl innerhalb der NATO Response Force (NRF) als auch innerhalb der EU Battle Groups eine enge Verzahnung mit den jeweiligen Bündnistruppen vorgesehen ist, und ein alleiniges Üben der deutschen Anteile – militärisch immanent gesehen – keinen Sinn macht. So bestätigte auch Oberst Krippl im direkten Gespräch, man müsse „das multinationale Ausbildungsgeschäft drauf haben“.

Kriege üben mit Serco GmbH und SAAB

Das GÜZ dient als Paradebeispiel für die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der Wirtschaft: Die komplette Verwaltung, den Betrieb und das Management übernimmt das Unterstützungszentrum Altmark (UZA), ein Firmenkonsortium bestehend u.a. aus der serco GmbH (zu 100% Tochterunternehmen der britischen serco group) und SAAB Training Systems AB. Äußerst bedenklich dabei ist, dass damit auch ein sensibler Bereich wie die Verwaltung kriegstauglicher Waffen in die Hände von Privaten gegeben wird.

Der Himmel über Halle

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit und im Schatten der DHL-Ansiedlung



wird der Flughafen Leipzig/Halle zu einem zentralen Umschlagplatz für NATO-Großraumtransporte ausgebaut. Offenkundig stehen die Vertragsverhandlungen mit einem zivilen Anbieter für die bevorstehende Stationierung von bis zu sechs Flugzeugen des größten und zugleich eines der lautesten Transportflugzeuge der Welt vom Typ Antonow 124-100 (Traglast 120-150 Tonnen) unmittelbar vor dem Abschluss. Diese Ansiedlung der Großraumflugzeuge und ihre künftige Nutzung muss im Kontext von militärischen Lufttransportplanungen („Strategische Lufttransportkapazität“) eingeordnet werden, die bereits im Jahr 2000 begannen. Laut Aufgabenstellung sollen dabei EU- und NATO-Truppen weltweit interventionsfähig und z.B. schwere Kriegswaffen über große Entfernungen transportiert werden. Innerhalb der EU und der NATO ist Deutschland auf eigenen Wunsch zuständig für diesen Bereich der Strategischen Lufttransportkapazität. Vor diesem Hintergrund mausert sich der Leipziger Flughafen zu einem der bedeu-

tendsten europäischen Umschlagplätze für Großwaffen und damit zur NATO-Dreh-scheibe für künftige Kriege. Neben dem bedrohlichen militärischen Aspekt stellt insbesondere für die Bevölkerung vor Ort die enorme Lärmbelastung durch die Antonows eine zusätzliche Belastung dar, zumal im Planfeststellungsverfahren niemals von diesem Flugzeugtyp die Rede war.



Tobias Pflüger

ist Mitglied der Linksfraktion (GUE/NGL) im Europäischen Parlament, parteilos, gewählt auf der Liste der PDS, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung, Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung der NATO, Ko-Präsident der interparlamentarischen Gruppe Friedensinitiativen, 1. Stellvertretender Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu den Golfstaaten.

150. Friedensweg

Einladung zum 150. Friedensweg der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE am 01.01.2006, 14 Uhr, Barriere Zienau an der B71 zwischen Letzlingen und Gardelegen.

Am ersten Tag des neuen Jahres soll ein Zeichen für die ausschließlich zivile Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide gesetzt werden, ein Zeichen für Abrüstung und militärfreie Konfliktbewältigung. An der Barriere Zienau trafen sich die Heideaktivisten am 1. August 1993 zum ersten Friedensweg. Seit 150 Monaten lädt die Bürgerinitiative jeden ersten Sonntag eines Monats zum Friedensweg in die Colbitz-Letzlinger Heide ein. Sie will sie damit Stück für Stück symbolisch in Besitz nehmen und mit friedlichem Leben erfüllen.

Bildung gegen Armut

■ Von Armut betroffene Menschen erleben Verzicht und Einschränkung, fühlen Ausgrenzung und Abwertung – meist sehr subtil und kaum greifbar. Ebenso ist Armut ein deutliches Indiz dafür, dass der soziale Zusammenhalt gefährdet ist. Ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit und Teilhabe an dem, was eine Gesellschaft zu bieten hat, ist die Geschäftsgrundlage der Demokratie. Das Gegenteil bringt Intoleranz und Gewalt. Der soziale Kitt – bürgerschaftliches Engagement, nachbarschaftliche Hilfe – bröckelt. Entgegen dem Verursacherprinzip findet Armut als politisches Thema in den Zukunftskonferenzen der meisten Parteien jedoch nicht statt. Optimismus oder Ignoranz? Weder das eine noch das andere war der Anlass für eine Fachkonferenz der Landtagsfraktion am 4. November dieses Jahres. Es war die Frage, welche Zusammenhänge sich zwischen Einkommensarmut, Bildungschancen, Gesundheit und Gewalt zeigen. Und: Es ging um Möglichkeiten und Grenzen der Landespolitik dem wirksam zu begegnen. Drei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lieferten einen überzeugenden

Befund: Prof. Böttcher, Bildungssoziologe der Uni Münster, beklagte das Desinteresse der Schule an dem verfassungsrechtlich verbrieften Auftrag, soziale Ungleichheit abzubauen. Die Erkenntnisse der PISA-Studie seien keine Neuigkeit. Spät genug nehme die Gesellschaft nun zur Kenntnis, dass hierzulande maßgeblich die soziale Herkunft über die Bildungschancen entscheidet. Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen seien mit dramatischen Erlebnissen des Scheiterns in einer mittelschichtgeprägten Schule konfrontiert. Übereinstimmung und dennoch spannende Kontroversen zeigten sich in der Debatte um das Konzept der Landtagsfraktion „Eine Schule für alle Kinder“, vorgestellt von Bildungsexpertin Dr. Rosemarie Hein.

Prof. Specht, geschäftsführender Vorsitzender der Internationalen Gesellschaft für mobile Jugendarbeit, zeigte den Zusammenhang zwischen Armut und Gewalt auf. Nicht unbedingt Einkommensarmut, aber in schwerwiegender Weise sei Bildungsarmut ein Risikofaktor für jugendliche Gewaltkarrieren. Die Rechtspolitikerin der Fraktion, Gudrun Tiedge, stellte

dabei erste Skizzen für ein Programm zur Prävention von Gewalt vor. Bildung und soziale Integration seien die wichtigsten Faktoren, um Gewalt und Kriminalität zu begegnen. Die Wiedereinführung des Programms für Schulsozialarbeit nimmt in den Forderungen der Linkspartei.PDS nach wie vor einen zentralen Stellenwert ein. Auch die Impulse von Dr. Antje Richter, Referentin der Landesvereinigung für Gesundheit in Niedersachsen, und die sich anschließenden Gedanken von Ulrike Demke, Studierende der Fachhochschule Magdeburg-Stendal, verwiesen auf einen engen Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit. Eine armutsfeste Grund-sicherung und der breite Zugang zu Bildungsangeboten – beides, so das Ergebnis der Konferenz, könnte maßgeblich dazu beitragen, den Weg aus der Armut hin zu einem selbstbestimmten Leben zu ermöglichen.



Birke Bull

ist Mitglied der Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag Sachsen-Anhalt und sozialpolitische Sprecherin.

Nachteile ausgleichen

■ Am 12. und 13. November 2005 diskutierte in Oberhof die AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS zu Fragen der Umsetzung von Chancengleichheit und Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben. Vor dem Hintergrund, dass die thüringische CDU-Landesregierung beabsichtigt, das Blindengeld völlig zu streichen, war das Thema äußerst brisant.

Nachteilsausgleiche sind Voraussetzung für die Sicherung gleicher Chancen bei der Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben, denn bei sonst gleichen Bedingungen haben sie aufgrund gesellschaftlich bedingter, oft historisch gewachsener (baulicher) Barrieren Mehraufwendungen, um teilzuhaben. Sichtbar ist dies bei Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern, aber auch bei blinden Menschen. Von einer unsichtbaren Behinderung (Einschränkung) spricht man bei hörgeschädigten Menschen, deren Ein-

schränkung erst bei der Kommunikation erkennbar ist. Gemeinsam ist allen: Sie haben ein Mehr an Ideen, Engagement, Kraft und Geld aufzuwenden um teilzuhaben.

Eine Gesellschaft, die sich offiziell dazu bekennt, allen Menschen gleiche Chancen und gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern, muss auch beeinträchtigten Menschen Möglichkeiten der Teilhabe bieten. Rechtlich hat sich hier in den vergangenen Jahren einiges getan. 1994 wurde das Grundgesetz im Artikel 3 um den Satz „Niemand darf aufgrund seiner Behinderung benachteiligt werden“ ergänzt. Sowohl auf Bundesebene (2002) als auch auf Landesebene (z.B. in Sachsen-Anhalt 2001) wurden Behindertengleichstellungsgesetze beschlossen. Das sind Fortschritte. Zugleich wurden gegenläufige Tendenzen sichtbar. In Sachsen-Anhalt kämpfte die Linkspartei.PDS 2002/03 gegen die Kürzung des Blindengeldes (die dann nicht so hoch

wie geplant ausfiel), in Niedersachsen strich die neu gewählte CDU-Landesregierung das Blindengeld vollständig. Nur durch das geschlossene Auftreten der Behindertenverbände konnte die Begrenzung der „kostenlosen“ Beförderung behinderter Menschen auf den unmittelbaren Wohnbereich durch die Bundesregierung (Koch/Steinbrück-Papier) verhindert werden. Und wenn die thüringische Landesregierung ihrerseits das Blindengeld völlig streicht, ist zu erwarten, dass auch in Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl im März 2006 ein erneuter Angriff auf den Nachteilsausgleich erfolgt.

Beim Ringen um den Erhalt des Blindengeldes geht es um einen prinzipiellen Streit mit erheblichen praktischen Auswirkungen. Deshalb war es sehr wichtig, dass auf der Konferenz Marianne Linke, Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied der Linkspartei, deutlich machte, dass – trotz erheblicher haushalterischer Probleme – das Blindengeld erhalten bleibt. Dieser Position schließt sich die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt ohne Wenn und Aber an.



Dr. Detlef Eckert

ist behindertenpolitischer Sprecher der Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag Sachsen-Anhalt.

Polen im Umbruch

■ „Der Beweis liegt auf der Hand, dass in Polen der Faschismus im Keimen ist.“ So kommentierte Szymon Niemiec, ein Sprecher der Homosexuellenbewegung den massiven Polizeiübergriff auf eine friedliche Demonstration im Anschluss an die „Tage für Gleichheit und Toleranz“ in der als weltoffen geltenden Stadt Poznan. Am Rande begleiteten junge Neonazis den Polizeieinsatz mit Sprüchen wie „Schwule in die Gaskammer!“ Diese Situation ist symptomatisch für die aktuelle Lage in Polen nach der Präsidentschaftswahl im Oktober, bei der Lech Kaczynski von der rechtskonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) als Sieger hervorgegangen ist. Bereits im Wahlkampf fiel er durch massive homophobe Sprüche auf. Er versprach den Polen die Errichtung einer „4. Republik“. Jacek Adler von dem Internetmagazin „Gaylife“ bekam das sehr

schnell zu spüren. Am Tag nach der Wahl erhielt er einen Anruf von der Polizei, die ihn auf die Wache einbestellte. Dort sollte er über andere Homosexuelle berichten. Der Polizist hatte einen dicken Ordner mit Namen und Fotos vor sich liegen. Es sei ja bekannt, dass Adler ein „radikaler Schwuler“ sei. Vorsehen solle er sich, war der Hinweis des Polizisten. Davon gibt es eine Vielzahl von Beispielen. Ohne großes Federlesen wurde von der neuen Regierung Marcinkiewicz das von der Vorgängerregierung errichtete Gleichstellungsamt, welches sich mit Minderheitenfragen beschäftigt, aufgelöst. Bei meinem Besuch zwei Tage nach der Wahl traf man dort auf eine Mischung von Sarkasmus und Resignation. Sylwia Spurek, Nachpressesprecherin, stellte auf die Frage, ob es denn zur Arbeit des Amtes Informationsmaterial in englisch geben würde,

fest, dass man das alles rausgegeben hätte, denn unter der Nachfolgerregierung würde das sowieso im Altpapier landen. Dass dieses Amt, welches zu Gleichstellungsfragen Seminare, Konferenzen und Öffentlichkeitsarbeit organisiert hat, so schnell abgeschafft werden konnte, liegt aber eben auch an der inkonsequenten Haltung der linken Vorgängerregierung. Diese hatte das Amt nicht im Gleichstellungsgesetz verankert. Enttäuscht ist Spurek auch von der EU. Trotzdem die Kopenhagener Kriterien aus dem Jahr 1993 Minderheitenschutz ausdrücklich als Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Union vorsehen, hat die Kommission wenige Tage nach der Wahl zurückhaltend auf die homophoben Ausbrüche der nunmehr Regierenden reagiert. So lange die Verfassung und Gesetze nicht diskriminieren, werde die Kommission nicht handeln. Dass man dazu keine Änderung von Gesetzen und Verfassung braucht, konnte Jacek Adler bereits einen Tag nach der Wahl auf der Polizeiwache am eigenen Leib spüren.

| Matthias Gärtner



Gastbeitrag aus Österreich

Die Europäische Linke und wir

Versuch einer Argumentation

■ Vor einiger Zeit beschloss die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) auf einer Bundeskonferenz, sich der Europäischen Linkspartei (EL) anzuschließen. Ich gehörte damals zu den Delegierten, die sich in einer kontrovers geführten Debatte für diesen Schritt aussprachen. Im Folgenden möchte ich die Gründe, die mich dazu bewogen haben, kurz darstellen.

1. Vereintes Europa vs. Nationalstaatlicher Gedanke

Die Idee eines vereinten Europa sehe ich im Interesse der Menschen, für die wir Linken doch da sein sollten, zunächst positiv. Die Vereinfachungen im Reiseverkehr, die einheitliche Währung, all das und mehr sehe ich als Deutscher, der seit einigen Jahren in Österreich lebt, durchaus positiv. Mir ist natürlich bewusst, dass es andere Intentionen gab und gibt, die zu diesem Prozess führten.

Neben den praktischen Erleichterungen, die er mit sich bringt, ist dieser Prozess aber auch und vor allem das Ergebnis und die Fortsetzung der Globalisierung unter den brachialen kapitalistischen Bedingungen, denen wir heute ausgesetzt sind. Anders ausgedrückt: Das Kapital internationalisiert rasant. In dem Maße, wie dies geschieht, verlieren der nationalstaatliche Gedanke und damit auch die natio-

naln Parlamente an Bedeutung. Das mag momentan noch nicht offensichtlich sein. Ich bin der festen Überzeugung, dass nationale Parlamente mittelfristig nur noch eine Rolle spielen werden, die den heutigen Landtagen im Verhältnis zum Bundesparlament entspricht. Mir ist andererseits auch bewusst, dass bürgerliche Parlamente heute mehr denn je zu Erfüllungshelfern von Großindustrie und Banken mutieren. Gleichwohl leben wir in dieser Welt und nicht in einem Paralleluniversum, in dem es keine wie auch immer geartete Gegenmacht gibt. Diese Gegenmacht müssen wir selbst herausbilden, uns artikulieren und entsprechend organisieren.

2. Welche Rolle kann die EL spielen?

Ich verstehe die Europäische Linkspartei als eine (ohnehin viel zu spät erfolgte) Antwort der Linken auf den Neoliberalismus. Als Zusammenschluss unterschiedlich tradierter linker Parteien ganz Europas ist sie eine erstmals vereinte Kraft, die es ermöglicht, dem Neoliberalismus mit einheitlicher und nicht von nationalen sondern von Klasseninteressen geprägter Stimme entgegen zu treten. Dies wird sie tun und sie wird dazu nicht, wie von Kritikern immer wieder behauptet wird, das Europäische Parlament als

einzigste Bühne nutzen. Sie ist vielmehr ein Instrument der Kräftebündelung sowohl im parlamentarischen als auch im außerparlamentarischen Bereich. Gerade im Zusammenhang mit der EU-Verfassung ist das bereits deutlich geworden und wird sich hoffentlich noch viel lauter und viel selbstbewusster Gehör im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Arbeitslosen und sozial Schwachen, der Diskriminierten und Unterdrückten verschaffen.

3. Warum ich die EU-Verfassung ablehne

Lenin kennzeichnete den Staat als das Machtinstrument der herrschenden Klasse. Wenn nun in der EU-Verfassung mit dem Kapitalismus erstmals in der Geschichte ein bestimmtes Wirtschaftssystem verfassungsmäßig verankert werden soll, so sehe ich darin eine neue „Qualität“ und sowieso eine Bestätigung der These Lenins. Dass darüber hinaus eine europäische Armee entstehen soll, deutet für mich darauf hin, dass diese EU in einen, euphemistisch Wettbewerb genannten Konflikt der Interessen mit den USA gezogen werden soll, die man – der Logik des Kapitals folgend – zur Not auch mit Waffengewalt durchzusetzen imstande sein möchte. Unter dem Strich soll die EU also eine Gemeinschaft der Konzerne und der Generale werden. Machen wir uns nichts vor, auch der zu erwartende neue Verfassungsentwurf wird wieder in diese Richtung gehen.

So sehr ich also den Gedanken eines vereinten Europas positive Aspekte abzugewinnen vermag, so sehr lehne ich das mit dieser Verfassung verbundene Konstrukt ab. Ebenso wichtig ist es, sich deutlich von der Ablehnung der EU durch NPD, BZÖ, FPÖ, Alleanza Nazionale und wie sie alle heißen, abzugrenzen. Wir müssen deutlich machen, dass deren Ziel einzig und allein die Überhöhung des nationalen Kapitalismus zulasten des ausländischen ist. Vor allem gilt es deutlich zu machen, dass deren soziales Gebaren mit teilweise sogar linkem Vokabular nicht mehr ist, als Attitüde und also Rattenfängerei.

Auch darum bin ich Mitglied der KPÖ, auch darum bin ich Mitglied der EL. Eine andere Welt ist möglich. Sie ist es aber nur dann, wenn wir sie uns erkämpfen. Sie wird uns nicht geschenkt werden. Dazu sollten wir sowohl parlamentarische als auch außerparlamentarische Aktivitäten nutzen und sie nicht gegeneinander auszuspielen versuchen. | **Detlef Haus**

Sollbruchstellen absehbar



Größtmögliche Distanz – im Kanzlerduell schienen die Positionen noch unvereinbar.

■ Was sind wir doch für ein artiges, respektvolles Volk. Die Medien sprachen von einem historischen Tag. Und die, die die Kandidatin politisch oder sonst wie gar nicht mochten, sagten doch wenigstens: Respekt vor ihrer Karriere muss man schon haben! Dass sie es geschafft hat, bis dahin zu kommen ...! Aber Hoppla!

Nun gut. Ist das Land jetzt ein anderes, weil dem Kabinett eine Ostdeutsche vor sitzt? Erinnert man sich in Großbritannien auch heute noch an Margaret Thatcher, weil sie die erste Premierministerin des Empire war – oder wegen ihrer radikal antisozialen, gewerkschaftsfeindlichen und militanten Politik?

Angela Merkel hat nie heraus gestellt, was sie von Herkunft ist. Sie hat die Westdeutschen vergessen lassen, dass sie Ostdeutsche ist. Vor den Katholiken hat sie das Protestantische versteckt – das ist ihr am schlechtesten gelungen. Dafür ein anderes um so besser: Den konkurrierenden Männern zu zeigen, dass sie der stärkere politische Rambo ist.

Sagen wir es einmal neutral: Zu tun haben wir es mit einer politischen Figur – mit einer politischen Figur an der Spitze einer Großen Koalition. Diese Große Koalition gibt es einzig und allein wegen der Schwäche ihrer Partner. Sie alle – CDU, CSU und SPD – sind die Wahlverlierer vom 18. September. Und das nicht nur rechnerisch, sondern auch in der Sache: Sie verloren in einem Wahlkampf, in dem die soziale Frage im Zentrum stand. Und in dem es gesellschaftlich eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für Solidarität,

für soziale Gerechtigkeit gab. Nicht nur gesellschaftlich übrigens, sondern – zumindest zahlenmäßig – auch im Parlament: Jene Parteien, die sich im Wahlkampf gerade auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit bezogen, stellen die Mehrheit der Abgeordneten.

Dennoch wurde nun – diese Mehrheiten missachtend – nach der bisherigen faktischen, über den Bundesrat bestehenden Großen Koalition der sozialen Härte und der Geschenke an die Reichen und Mächtigen eine entsprechende Große Koalition im Bund gebildet. Der Koalitionsvertrag macht deutlich, dass beide Seiten nur den kleinsten gemeinsamen Nenner finden konnten. Dieser ist offenbar die Agenda 2010, die verschärft wird durch die für 2007 angekündigte Mehrwertsteuererhöhung und symbolisch abgemildert durch die „Reichensteuer“. Gut, dass circa ein Viertel der SPD-Abgeordneten bei der Kanzlerinnenwahl hinter das ganze Konstrukt ein großes Fragezeichen setzte. Und es wird noch mehr Fragezeichen geben. Denn starten konnte diese Koalition nur dadurch, dass sie die sehr wesentlichen Dinge, über die sie sich nicht einigen konnte, erst einmal ausblendete – und vertagte. Das betrifft vor allem die künftige Finanzierung der Krankenversicherung. Eines der Themen, an deren Achse der scheinbar so unversöhnliche Lagerwahlkampf dieses Sommers inszeniert worden war. Doch tatsächlich: Die Konzepte der beiden Seiten sind unvereinbar. Entweder eine Verbreiterung der solidarischen Basis – ausnahmslos alle

zahlen ein, und zwar nach ihrem Einkommen. Oder der Bruch mit dem solidarischen System und Ersetzung durch die für alle gleich hohe Gesundheitsprämie pro Kopf. „Wir wollen das Gegenteil von dem, was die Sozialdemokraten wollen. Das könnte eine Sollbruchstelle sein“, ließ der Reservekanzler der Union, Christian Wulff, bereits einige Tage vor der Merkel-Wahl wissen. Damit stand er nicht allein. „Gesundheitsreform könnte Bündnis zerstören“, schrieb das „Handelsblatt“ über seinen Bericht.

Was tut eine linke Opposition in einer solchen Situation? Natürlich – sie kritisiert die Regierung, sie kritisiert die anderen Parteien. Und mit welcher Stoßrichtung? Na klar – für eine andere Politik. Wann? Na, wenn es eine Mehrheit dafür gibt. Aber wann ist eine Mehrheit eine Mehrheit? Wann ist sie handlungsfähig? Aus der Geschichte dieser Großen Koalition kann man eines lernen: Mehrheiten sind zur Handlungsfähigkeit gezwungen, wenn andere Mehrheiten nicht handlungsfähig oder handlungswillig sind. Wer also will, dass die Gesundheitskassen solidarisch reformiert werden, der muss die Sozialdemokraten so unter Druck setzen, dass sie auch im Kabinett Merkel nicht wagen können, auch nur einen Deut von ihrer Wahlkampfposition abzurücken. Wer falsche Kompromisse verhindern will, der muss die Handlungsfähigkeit der Großen Koalition blockieren. Das heißt dann aber auch: Zu einer eigenen Mehrheit bereit sein. Wie denn auch sonst soll eine andere Politik umgesetzt werden? So hat der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Spieth, bereits die Idee ins Spiel gebracht, SPD, Grüne und Linkspartei müssten doch gemeinsam als „sozialpolitische Koalition“ für die Bürgerversicherung streiten. So schnell kann das gehen. Und abwinken hilft da nicht: Das ist die unerbittliche Logik des politischen Lebens. Gewählt wurde die Linkspartei schließlich nicht allein für ihre tollen Ideen – sondern weil man ihr zutraute, mit ihren Ideen eben auch eine andere Politik durchzusetzen. Und weil wir das doch auch wollten und wollen: eine andere Politik durchsetzen. Erst das macht aus der latenten eine wirkliche, zur Hoffnung auf eine reale soziale Alternative berechtigende Schwäche der Großen Koalition.



Dr. Thomas Falkner

ist Referent für Grundsatzfragen beim Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei.PDS.

Alfred Dittberner Abgeordneter

Mensch Ete, altet Haus,

so'n Abgeordnetenleben is hart! Da mussen wir nu entscheiden, wer Kreisstadt werd'n soll, Gott – da war der Bär los. Klar, wir hatt'n den Entwurf von die Regierung. Und schließlich können wir als Abgeordnete ja nich öffentlich die eigene Regierung anmachen. Aber man kommt ja schließlich irgendwo her, ick kann mir doch mein nächstes Direktmandat nich versauen lassen! Schwierige Kiste. Unsere Großköpfe haben sich so'n Verfahren ausgedacht, war ziemlich kompliziert, aber schlau. Begriffen hab' ick det nich, aber die haben uns genau gesagt, watt wir machen sollen. Und tolle Reden haben wir jehört, absolute Klasse! Mein Kumpel aus Bitterfeld hat uns richtig jehrührt, sagt der doch: „100.000 Augenpaare blicken in diesem Moment nach Magdeburg und hoffen auf Ihre Unterstützung, um die bisherige positive Entwicklung weiter vorantreiben zu können. Bitterfeld-Wolfen ist eine Stadt mit Tradition und Zukunft. Die Zukunft heißt Bitterfeld-Wolfen. Die Tradition begründet sich in 190 Jahren Kreisstadt Bitterfeld.“ Und die 190 Jahre, det war ja noch schlapp! Der Kumpel aus Eisleben jing noch tiefer in die Geschichte: „Seit der Mitte des 11. Jahrhunderts ist Eisleben das geistige und kulturelle Zentrum der Grafschaft Mansfeld. Der Stadtsitz der Grafen war immer Verwaltungszentrum und Hauptstadt der freien Reichsgrafen von Mansfeld. Große Teile des jetzigen Landkreises Sangerhausen gehörten über die Jahrhunderte hinweg zur Grafschaft Mansfeld. Einer der größten Söhne Deutschlands, Martin Luther, wurde in Eisleben geboren und ist dort gestorben.“ Die Grafen, und denn noch Luther – Klasse! Jedenfalls kam denn allet so, wie die Regierung wollte, und ick hoffe man, ick habe mir keene Beule jeholt. Na ja, und denn wurd' wir Abgeordnete richtig mit Jeschenken aus die Städte überhäuft – den Vogel abgeschossen hat Köthen, die hab'n uns allen ne bunte Kuh vermacht! Für die is die Kuh nu vom Eis – die bleiben Kreisstadt! Da is übrjens noch ne echt kuriose Geschichte, darf man jar nich erzählen. Dass die Regierung so durchjekommen is, hat die ausgerechnet den Linken zu verdanken! Die war'n ganz listig, hab'n sich fast immer enthalten bei die Abstimmung. Sonst wär' da manchet ganz anders jekommen. Aber denen passt ja die ganze Richtung nich, wie wir det mit den neuen Kreisen woll'n. Die träumen von fünf ganz großen Kreisen und woll'n allet ganz anders ma-

chen, wenn se an die Macht kommen. Der Gallert von denen hat doch frech erklärt, die Linken werd'n stärkste Kraft, und denn machen die allet anders. Da sei Gott vor, der ganze Zirkus noch mal, det hält ja keener aus! Übrjens, die Linken – die bleiben echt lustig. Hab' Dir doch jeschrieben, die spiel'n gerade mit Punkten und Buchstaben. Det machen die nu nich mehr. Dafür wird mit denen jespielt. Die wollten doch unbedingt die von die WASG ins Boot haben, hat ja ooch jeklappt. Blöd genug, aber watt hab'n die nu davon? Der Schwanz wedt mit dem Hund – da kannst Du nur noch kaputt lachen!

Bis denn – Dein Kumpel Aldi

Termine

Landesvorstand 2006

10. Januar 2006, 18.30 Uhr,

KIZ, Ebendorfer Straße 3,
39108 Magdeburg,

Landesvorstandssitzung

14./15. Januar 2006,

Elgersburg, gemeinsame **Klausur** von Landesvorstand und Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS

28. Januar 2006, 10.00 Uhr,

Geschäftsstelle Linkspartei.PDS
Blumenstraße 16, 06108 Halle,
Landesvorstandssitzung

Termine

Bildungsverein Elbe-Saale

14. Dezember 2005, 17.00 Uhr

KIZ der Linkspartei.PDS

Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg,

2. Jugendforum „Neoliberale Globalisierung und Hartz IV – Widerstand und Alternativen in Deutschland“

mit Hartmut Koblischke (MdL)

15. Dezember 2005, 18.00 Uhr

Galerie-Café, Schlossstraße, Dessau,

„Hugo Jacoby – Das erste Opfer antijüdischer Gewalt“ mit

Dr. Werner Grossert

20. Dezember 2005, 15.00 Uhr,

KIZ der Linkspartei.PDS

Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg,

Videopräsentation **„Vom Waffenarsenal zum Blumengarten“** des Videoarbeitskreises des Bildungsvereines Elbe-Saale

20. Dezember 2005, 16.15 Uhr,

KIZ der Linkspartei.PDS

Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg,

Mitgliederversammlung des Bildungsvereines Elbe-Saale

28. Januar 2006, ab 10.30 Uhr,

Haus der Gewerkschaften

Otto-von-Guericke-Straße, Magdeburg,

Bündnis für soziale Bewegung in

Sachsen-Anhalt **„Ein Jahr Hartz IV –**

Deutschlands Reformirrweg“

u.a. mit Udo Gebhardt (DGB), Prof. Dr.

Roland Roth, Axel Gerntke (IG Metall)

Kontakt und Informationen zu den

Veranstaltungen:

Bildungsverein Elbe-Saale e.V.

Ebendorfer Straße 3

39108 Magdeburg

Telefon: 0391 7324980

E-Mail:

bildungsverein.elbe-saale@t-online.de

Bildnachweis:

photocase.com (3, 6, 8, 14, Titel)

Thomas Drzisga (5, 14)

Jana Müller (7, 11)

Kristin Heiß (8)

Sven Barquet (9)

Joachim Spaeth (10)

Tobias Pflüger (11)

Martin Reso (12)

Martin Heinlein (13)

Listenplatz, Name, Wahlkreiskandidatur

01	Wulf Gallert	Haldensleben
02	Dr. Helga Paschke	Havelberg-Osterburg
03	Birke Bull	Bernburg
04	Matthias Höhn	Querfurt
05	Gudrun Tiedge	Wanzleben
06	Dr. Frank Thiel	Nebra
07	Dr. Angelika Klein	Eisleben
08	Guido Henke	Wolmirstedt
09	Eva von Angern	Magdeburg II
10	Dr. Detlef Eckert	Halberstadt
11	Dolores Rente	
12	Hendrik Lange	
13	Angelika Hunger	Merseburg
14	André Lüderitz	Blankenburg
15	Edeltraud Rogée	Burg
16	Stefan Gebhardt	Hettstedt
17	Sabine Dirlich	Schönebeck
18	Hans-Jörg Krause	Salzwedel
19	Barbara Knöfler	Quedlinburg
20	Gerald Grünert	Zerbst
21	Jutta Fiedler	
22	Harry Czeke	Genthin
23	Heidelinde Penndorf	Hohenmölsen-Weißenfels
24	Ronald Maaß	Köthen
25	Heidemarie Ehlert	
26	Frank Hoffmann	Dessau
27	Kristin Heiß	
28	Jürgen Dannenberg	Jessen
29	Grit Winkler	
30	Veit Kuhr	
31	Angela Bartz	
32	Hartmut Koblichke	Aschersleben
33	Iris Töpsch	Sangerhausen
34	Thomas Waldheim	
35	Franziska Godau	
36	Oliver Müller	Magdeburg III
37	Marlies Jehrke	
38	Horst Brandner	Naumburg
39	Regina Blenkle	
40	Klaus-D. Magenheimer	Staßfurt
41	Heidi Barthmann	
42	László Müller	Bad Dürrenberg-Saalkreis
43	Katja Deibicht	Zeitz
44	Lars Brzyk	
45	Sandra Zwirnmann	
46	Swen Knöchel	

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006

Ausschließlich als Direktkandidat/in treten an:

Peter Kapahnke	WK 02	Gardelegen-Klötze
Helga Zimmermann	WK 04	Stendal
Jürgen Ohst	WK 09	Oschersleben
Hans-Joachim Mewes	WK 10	Magdeburg I
Hugo Boeck	WK 13	Magdeburg IV
Dieter Kabelitz	WK 16	Wernigerode
Matthias Gärtner	WK 24	Wittenberg
Reinhard Waag	WK 28	Wolfen
Britta Dörr	WK 29	Bitterfeld
Gerd Kalbitz	WK 34	Saalkreis

Die Wahl für folgende Direktwahlkreise erfolgt noch:

WK 27	Dessau-Roßlau	Wahl erfolgt am 5.1.2006
WK 36 – 39	Halle I – IV	Wahl erfolgt am 7.12.2005